



DIE SCHWEIZ UND DIE WELTBANK

LEITLINIE

Staatssekretariat für Wirtschaft
Secrétariat d'Etat à l'économie
Segretariato di Stato dell'economia
State Secretariat for Economic Affairs

s e c o

DEZA

DDC

DSC

SDC

COSUDE

DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION

DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE

SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION

AGENCIA SUÍZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN



VORWORT	3
WARUM MULTILATERALE ZUSAMMENARBEIT?	
Gemeinsam gehts besser	4
Die Probleme der Entwicklungsländer verlangen die Bündelung der Kräfte und ein gemeinsames Vorgehen aller Staaten.	
WELTBANK IM WANDEL	
Wende zum Besseren	6
Die Weltbank gilt heute als die bedeutendste Institution im Kampf gegen die Armut.	
STRATEGIE DER SCHWEIZ	
Gezieltes Engagement	10
Die vier Grundsätze, von denen sich die Schweiz in der Zusammenarbeit mit der Weltbank leiten lässt.	
DIE ZIELE DER SCHWEIZ	
Positive Entwicklung fördern	14
Zehn konkrete Ziele, welche die Schweiz in und mit der Weltbank erreichen will.	
ANHANG	
Glossar, Abkürzungen, Literatur, Kontaktadressen, Impressum	22



Sämtliche Bilder in dieser Broschüre stammen aus Projekten der schweizerischen Zusammenarbeit auf allen Kontinenten.



Seit 1992 ist die Schweiz Vollmitglied der Bretton-Woods-Institutionen und hat seither eine gute Partnerschaft mit der Weltbank aufgebaut. Im Verwaltungsrat der Bank ist unser Land dauernd präsent. Dadurch konnte die Schweiz die institutionelle, strategische und operationelle Entwicklung der Bank kritisch und konstruktiv mitverfolgen.

In den vergangenen Jahren hat sich die Weltbank gewandelt. Sie hat sich geöffnet und ist heute dank ihrer Finanzkraft, aber auch dank ihrem Know-how in der Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr wegzudenken. Im Kampf gegen die Armut ist sie eine der wichtigsten Institutionen weltweit.

Die Schweiz will sich daher weiterhin in der Weltbank engagieren und ihre starke Stellung in dieser Organisation nutzen. Deshalb haben das Staatssekretariat für Wirtschaft seco und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA gemeinsam Strategien festgelegt, die wir bis zum Jahr 2008 innerhalb der Weltbank verfolgen wollen.

Das vorliegende Dokument dient einerseits als Richtlinie für die tägliche Arbeit von seco und DEZA, die mit der Umsetzung der Schweizer Strategie betraut sind. Andererseits aber auch dazu, politische Akteure, Unternehmen, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen sowie Entwicklungspartner besser über die Tätigkeit der Schweiz mit der Weltbank zu informieren.

Kurzum: Diese Broschüre soll das Engagement der Schweiz sichtbar machen und die Wirksamkeit ihrer multilateralen Zusammenarbeit verbessern. Damit festigt die Schweiz auch ihre Position innerhalb der Weltbank und trägt dazu bei, dass die Weltbank ihren Weg zu mehr Gou-
vernanz, Effizienz und Effektivität weitergeht.

Jean-Daniel Gerber, seco

Walter Fust, DEZA

Gemeinsam gehts besser


Im Zeitalter der Globalisierung werden Entwicklungsfragen immer komplexer. Grosse Probleme machen nicht mehr Halt vor Landesgrenzen – entsprechend müssen auch Lösungen zunehmend durch die Staatengemeinschaft als Ganzes erarbeitet werden. Die multilaterale Zusammenarbeit spielt dabei eine zentrale Rolle, weil sie Kräfte bündelt, Synergien schafft, politische Koordination ermöglicht und weltweit gültige Normen und Prinzipien beachtet.

Während sich die bilaterale Entwicklungshilfe vor allem um lokale Probleme kümmert, liegt die Stärke der multilateralen Institutionen wie UNO und Weltbank darin, dass sie sich an globalen Reformvorhaben, umfassenden Programmen und an Projekten von nationaler oder regionaler Bedeutung beteiligen können. Diese beiden Ebenen ergänzen sich.

Im Jahr 2002, an der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey, Mexiko, beschloss die internationale Gemeinschaft, ihre Entwicklungshilfe zu verdoppeln und deren Wirksamkeit zu verbessern. Am Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg zogen die Staaten Bilanz über die umweltpolitischen Erfolge der letzten zehn Jahre und beschlossen neue Massnahmen, um die wichtigsten Herausforderungen anzugehen.

Diese Konferenzen haben deutlich gemacht, dass es neue Entwicklungspartnerschaften braucht, die von gegenseitiger Verantwortung getragen sind. Um die am Millenniumsgipfel im Jahr 2000 verabschiedeten Entwicklungsziele zu erreichen – zum Beispiel den Anteil der Menschen, die in Armut oder ohne sauberes Trinkwasser leben, bis zum Jahr 2015 zu halbieren – sind eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Aktionen notwendig.

Partnerschaften verlangen nach Regeln, die gemeinschaftlich entwickelt und umgesetzt werden müssen. Die internationalen Organisationen bieten dazu Hand und stehen deshalb allen Ländern offen.



Die Probleme der Entwicklungsländer verlangen die Bündelung der Kräfte und ein gemeinsames Vorgehen aller Staaten. Die multilaterale Zusammenarbeit ergänzt die Entwicklungshilfe, die unser Land direkt leistet.

Ein funktionierendes multilaterales System liegt im Interesse der Schweiz. Sie bekennt sich deshalb zu einem aktiven und engagierten multilateralen Engagement und setzt sich sowohl politisch als auch finanziell für die Erreichung der Millenniumsziele ein. Seit 1992 ist die Schweiz Mitglied der Bretton-Woods-Institutionen (siehe Glossar) und seit 2002 auch Vollmitglied in der UNO. Sie arbeitet mit den meisten UNO-Spezialorganisationen, den regionalen Entwicklungsbanken und multilateralen Netzwerken zusammen.

Ihre Unabhängigkeit machen die Schweiz zu einem attraktiven Koalitionspartner. So kann sie ihre grosse entwicklungspolitische Erfahrung in die Diskussion einbringen und mit frischen Ideen oder als Vermittlerin zu Lösungen beitragen.

Die Strategie der Schweiz

- Stärkung des multilateralen Systems
- Wirkungsorientierte Mitarbeit im multilateralen System
- Inhaltliche Akzente setzen
- Synergien zur bilateralen Entwicklungshilfe nutzen
- Bewusste Auswahl multilateraler Partner
- Aktive Unterstützung der Partnerländer
- Enger Einbezug von Zivilgesellschaft, Privatsektor und Forschung
- Zugang schweizerischer Unternehmen zu den Ausschreibungen der multilateralen Organisationen.

Welche Aufgabe haben Entwicklungsbanken?

Die Entwicklungsbanken gründen auf derselben Leitidee und funktionieren nach einem ähnlichen Prinzip. Ihr Dasein beruht auf der Erkenntnis, dass die meisten Entwicklungsländer auf von aussen zugeführtes Kapital und Wissen angewiesen sind, um ihren Entwicklungsprozess voranzutreiben, dieses aber aufgrund des Länderrisikos von privater Seite nicht in ausreichendem Masse erhalten. Auf der Grundlage des von den Mitgliedländern einbezahlten und gezeichneten Eigenkapitals können die Entwicklungsbanken Gelder auf den internationalen Kapitalmärkten aufnehmen und diese in Form von zweckgebundenen Krediten zu marktähnlichen Konditionen an die Entwicklungsländer weiterleihen. Da es sich herausstellte, dass gerade die ärmsten Länder von dieser vorteilhaften Finanzierungsmöglichkeit nur bedingt Gebrauch machen konnten, richtete man bei den Entwicklungsbanken zusätzliche Fonds ein. Regelmässig geäußert aus Beiträgen der reicheren Mitgliedländer, vergeben diese Fonds zinslose Darlehen mit langer Laufzeit beziehungsweise Zuschüsse an die ärmsten Mitgliedländer.

Bilanz der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Schweizer Mitgliedschaft in den so genannten Bretton-Woods-Organisationen (BWI) – Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) – hat die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates die Zusammenarbeit der Schweiz mit den BWI unter die Lupe genommen. Fazit: Die Schweiz spielt in den BWI eine aktive Rolle. Wichtigster Einflusskanal der Eidgenossenschaft ist der Einsitz in den Exekutivdirektorien des IWF und der Weltbank. Für den Erfolg entscheidend sind ihre klaren Stellungnahmen, ihre langjährige Erfahrung in der Thematik, die Bildung von Allianzen, aber auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Management dieser beiden Organisationen.

Die Schweiz zieht einen vielfältigen Nutzen aus ihrer Mitgliedschaft. Beispiele sind ihr Reputations- und damit Imagegewinn, ihr internationaler Einfluss oder ihr Beitrag an die Solidarität zwischen den Nationen. Zudem profitiert sie von den öffentlichen Gütern, welche die BWI bereitstellen. Die Mitgliedschaft ergibt ferner neue Möglichkeiten für Zusammenarbeit und Wissenstransfer sowie konkrete Aufträge für Wirtschaft und Forschung.

Einschneidende Nachteile der Mitgliedschaft wurden nicht gefunden.

Der vollständige Bericht ist im Internet zu beziehen: www.parlament.ch/ed-pa-gpk-s-brettonwoods-d.pdf, www.parlament.ch/ko-au-pvk-brettonwoods-d.pdf

TRESORERIE REGIONALE

WELTBANK IM WANDEL

DU CENTRE - OUEST

PERCEPTION

DE

SABOU

Die Weltbank gilt als die bedeutendste Institution im Kampf gegen die Armut. Die Schweiz verfügt über eine ausgezeichnete Stellung in der Weltbank und will deren positive Entwicklung fördern.

Wende zum Besseren

Nach dem Zweiten Weltkrieg gründeten die Vereinten Nationen und assoziierte Staaten die so genannten Bretton-Woods-Institutionen: die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, kurz Weltbank* genannt, sowie den Internationalen Währungsfonds IWF. Seit ihrer Gründung hat sich das Mandat der Weltbank erheblich ausgeweitet. Ursprünglich für die Finanzierung des Wiederaufbaus im zerstörten Europa geschaffen, dehnte sie ihre Tätigkeit schon bald auf Entwicklungs- und Schwellenländer aus. Zudem wurden der Weltbank weitere Organisationen an die Seite gestellt, die sie unterstützen und ergänzen. Zur dieser «Weltbank-Gruppe» gehören heute fünf eng zusammenarbeitende internationale Organisationen, die sich mit der Finanzierung von grossen Entwicklungsvorhaben beschäftigen (siehe Kästchen).

Zu Beginn der 80er-Jahre mussten die Weltbank und ihre Schwesterorganisation IWF umfangreiche Darlehen zur Unterstützung wirtschaftspolitischer und struktureller Reformen in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern bereitstellen. Seit dieser Zeit sah sich die Bank der Kritik ausgesetzt, ihre Kredite ohne Rücksicht auf die sozialen Auswirkungen in den betroffenen Staaten zu vergeben.

In den 90er-Jahren kam es in der internationalen Entwicklungshilfe zu einem tief greifenden Umdenken. Auslöser waren einerseits der Zerfall des Ostblocks und andererseits wachsende Kritik in der Öffentlichkeit an der bisherigen Zusammenarbeit. Neue Einsichten und Denkmuster gaben der bisher stark ideologisch gefärbten Entwicklungspolitik eine neue Richtung. Auch in der Weltbank standen fortan die Bedürfnisse der Entwicklungsländer im Vordergrund aller Entscheidungen.

* Heute umfasst der Begriff «Weltbank» nicht mehr allein die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), sondern auch die Internationale Entwicklungsagentur (IDA), die mit der IBRD eine Organisationseinheit bildet.

Die Bank hat aber auch in vielen anderen Belangen Fortschritte gemacht: Rigorosere Qualitätskontrolle und Evaluation der Aktivitäten, der Kampf gegen die Korruption innerhalb der Bank und in den Empfängerländern, die Einführung unabhängiger Beschwerdeinstanzen und strenge Umwelt- und Sozialstandards zählen zu den grössten Errungenschaften der Weltbank in den vergangenen 15 Jahren.

Die Weltbank gilt heute als die bedeutendste Institution im Kampf gegen die Armut. Sie geniesst den Respekt der Empfänger- und der Industrieländer sowie von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Indes ist klar, dass eine weltweit tätige Organisation, die auf so zahlreichen Gebieten arbeitet, immer auch Kritik ausgesetzt ist.

Stärken

Mit jährlichen Transaktionen zwischen 20 und 30 Milliarden Dollar ist die Weltbankgruppe die wichtigste Finanzierungsquelle für Entwicklungs- und Transitionsländer und oft ihre einzige Möglichkeit, Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten zu erhalten. Als «Finanzkooperative», die ihre finanzielle Stärke aus der breiten Mitgliedschaft nahezu aller Länder der Welt bezieht, kann die Bank Risiken auf sich nehmen, die kommerzielle Banken nicht eingehen können.

Noch wichtiger als ihre Finanzkraft ist die Fähigkeit, auf globalem Niveau Menschen zu versammeln, Wissen zu vermitteln und den entwicklungspolitischen Dialog zu gestalten. Ihr Ruf, die Kompetenz ihrer Mitarbeiter, ihr weltweites Netz von Niederlassungen und die seit einiger

Organisationen der Weltbankgruppe

Die Internationale Bank für Entwicklung und Aufbau (IBRD) gewährt Darlehen an Entwicklungsländer mit einem relativ hohen Pro-Kopf-Einkommen. Sie wurde 1945 eingerichtet und wird gegenwärtig von 183 Mitgliedsländern unterstützt. Die Stimmrechte der Staaten hängen von ihrem Kapitalanteil ab – also von ihrer Wirtschaftskraft.

Die Internationale Entwicklungsagentur (IDA) zählt 162 Mitglieder und besteht seit 1960. Sie gewährt günstige Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer, die sich nicht bei der IBRD verschulden können.

Die Internationale Finanzgesellschaft (IFC) mit heute 175 Mitgliedern ist die Institution der Weltbankgruppe im privaten Sektor. Sie unterstützt seit 1956 die Entwicklung der Kapitalmärkte und Infrastrukturvorhaben in Entwicklungsländern. Zunehmend werden auch Projekte im Gesundheits- und Ausbildungswesen oder lokale Unternehmen finanziert.

Die erst 1988 gegründete Multilaterale Agentur für Investitions Garantien (MIGA) mit 154 Mitgliedern fördert ausländische Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern, indem sie private Investitionen gegen politische Risiken versichert und die Entwicklungsländer in der Behandlung von ausländischen Investitionen berät. Die Schweiz ist ein Gründungsmitglied der MIGA.

Das Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) fördert internationale Investitionen, indem es bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ausländischen Investoren und den Empfängerländern die Voraussetzungen für einen Vergleich oder eine Schlichtung schafft. Das ICSID, das 1966 gegründet wurde, zählt heute 134 Mitglieder.

Zeit verfolgte Dezentralisierungsstrategie spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die Resultatorientierung der Bank hat zu einer Verbesserung der Qualität und Wirkung der Projekte geführt. Heute werden mehr als 80 Prozent der Projekte als zufriedenstellend oder besser bewertet, was angesichts der teilweise schwierigen Umstände in den Empfängerländern ein beachtliches Ergebnis ist. Diese Qualitätssteigerung hängt unter anderem damit zusammen, dass die Internationale Entwicklungsagentur ihre Kredite seit 1998 von der Leistung und der Regierungsführung der Empfängerländer abhängig macht. Aber auch die engere Koordination mit anderen Agenturen und Organisationen spielt eine Rolle: heute ist die Bank – neben UNO-Organisationen – der wichtigste Akteur bei der Koordination der Geber.

Schwächen

Die Stärken der Weltbank sind zugleich auch ihre Schwachstellen: Ihre Grösse stellt enorme Herausforderungen an das Management. Die Distanz von der Basis bis zur Spitze ist weit, was die Umsetzung von Strategien in die Praxis verzögert. Die intellektuelle und finanzielle Übermacht der Weltbank wird manchenorts als Arroganz empfunden. Mitunter behindert diese Dominanz eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Empfängerländern oder die Harmonisierung mit den anderen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Projekte der Weltbank sind wegen der hohen administrativen Kosten relativ teuer. Auch beklagen sich die Empfängerländer über die gestiegenen Anforderungen der Bank und die damit verbundenen Kosten: Die Auflagen verzögern manches Projekt oder verhindern es gar.

Die Schweiz bei der Weltbank

In der Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 hiessen 55,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler die Mitgliedschaft der Schweiz bei den Bretton-Woods-Institutionen gut. Daraufhin zeichnete die Schweiz einen Kapitalanteil von 1,69 Prozent an der Weltbank (genau genommen an der IBRD). Der Schweizer Kapitalanteil entspricht ihrem wirtschaftlichen Gewicht.

Die Schweiz ist in der Weltbank durch einen permanenten Exekutivdirektor vertreten. Dieser leitet die Stimmrechtsgruppe, zu der auch Polen, Serbien und Montenegro, Aserbaidschan, die Kirgisische Republik, Tadschikistan, Turkmenistan

und Usbekistan gehören. Diese Stimmrechtsgruppe verfügt über 2,87 Prozent der Stimmen, womit sie auf Rang 17 von 24 im Verwaltungsrat der Weltbank vertretenen Ländergruppen steht.

Mit der IDA arbeitet die Schweiz seit 1967 zusammen. Vor dem Beitritt der Schweiz zur Weltbank-Gruppe beschränkte sich diese Zusammenarbeit auf die Kofinanzierung einzelner Projekte und auf den bevorzugten Zugang der IDA zum Schweizer Kapitalmarkt. Heute übernimmt die Schweiz 2,43 Prozent des IDA-Budgets. Unter der 13. Wiederauffüllung der IDA (2001) entsprach dies einem Beitrag von 530 Millionen Franken, der über das Entwicklungshilfebudget der DEZA läuft.

Im IFC rangiert die Schweiz als das zwölftwichtigste Aktionärsland und hält 1,77 Prozent der Stimmen. Das seco ist einer der wichtigsten Kofinanzierer von IFC-Projekten, welche die Strukturen und Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Privatsektors stärken. Der Gesamtwert der von der IFC bewilligten Projekte, an denen Schweizer Privatunternehmen beteiligt sind, beläuft sich auf über 10 Milliarden Dollar.

Die Schweizer Exportindustrie profitiert von den Aufträgen der Weltbank. Seit der Gründung dieser Institution hat die Schweizer Wirtschaft Güter und Dienstleistungen in einem Gesamtwert von 6 Milliarden Dollar an die IBRD und die IDA liefern können. Das heisst: 3,5 Prozent aller Lieferungen an das Weltbank-Beschaffungsprogramm stammen aus der Schweiz. Überdies fördern die von der Schweiz finanzierten Treuhandfonds (Swiss Consultant Trust Funds) Dienstleistungen von Schweizer Konsulenten bei den verschiedenen Organisationen der Weltbankgruppe.

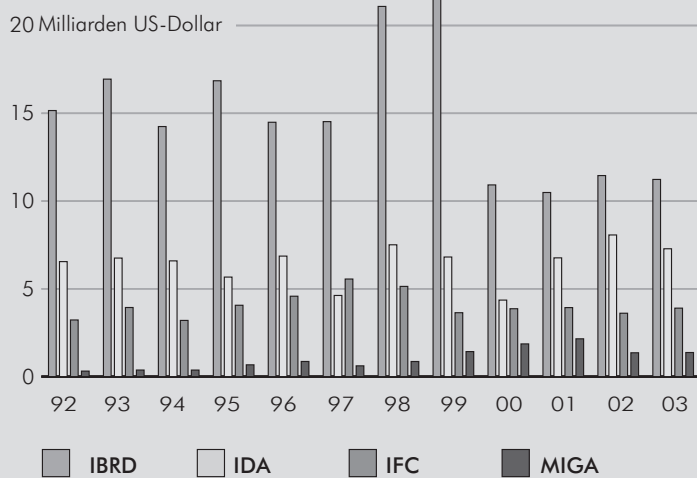
Das seco koordiniert in enger Zusammenarbeit mit der DEZA die Beziehungen der Schweiz mit der Weltbank. seco und DEZA unterstützen die Weltbank bei der Bearbeitung von Themenbereichen, die auch für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz wichtig sind.



Kennzahlen der Weltbank

Gründungsjahr	1945
Anzahl Mitglieder	184
– wovon Entwicklungsländer	132
Gezeichnetes Kapital (2003)	178 Mrd. US-Dollar
– wovon effektiv einbezahlt	11,5 Mrd. US-Dollar
Nettoeinkommen (2003)	3050 Mio. US-Dollar
Administratives Budget (2003)	882 Mio. US-Dollar
Personal	10 000 Personen

Transaktionen der Weltbank-Gruppe



Kennzahlen zur Schweiz

Beitrittsjahr	1992
Kapitalanteil	1,69 %
IDA-Anteil	2,43 %
Stimmrechtsgruppe	Aserbaidschan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien und Montenegro, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan
Anteil der Schweizer Industrie am Beschaffungswesen (kumulativ in Mio. Franken bis Ende Fiskaljahr 2003 und in % des Totals)	4820 Mio. US-Dollar = 3,85%

Vetretung der Schweiz

Gouverneur	Vorsteher/in des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements
Stellvertretender Gouverneur	Vorsteher/in des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten
Exekutivdirektor	

Gezieltes Engagement

Wir bekennen uns zu unseren Interessen und tragen mit unserem Wissen und unserer Erfahrung zur zukünftigen Ausrichtung der Weltbank bei.

Die beiden wichtigsten Gremien, in denen die Schweiz ihren Einfluss geltend machen kann, sind der Verwaltungsrat und der Gouverneursrat. In beiden Räten muss die Schweiz in ausgewählten Diskussionen präsent sein und sich auf die Fragen konzentrieren, in denen die Schweiz ihre Erfahrungen und Kompetenzen zur Geltung bringen kann. Die Schweiz verfügt über einen wichtigen Trumpf: Sie ist nicht eingebunden in Allianzen wie die G8 oder die Europäische Union. Diese Position macht es möglich, unabhängig zu argumentieren und vermittelnd aufzutreten.

Für die Beziehung mit der Weltbank spielen auch die Verhandlungen über allfällige Kapitalaufstockungen oder die Wiederauffüllung der IDA eine bedeutende Rolle. Die Schweiz knüpft nämlich ihre Beiträge an strategische Bedingungen, die sie – wie die anderen Mitgliederländer auch – mit der Weltbank aushandelt. Damit sind die IDA-Verhandlungen eine der wichtigsten Triebfedern für die Erneuerung der Bank.

Regelmässige bilaterale Kontakte zwischen der Schweizer Verwaltung und dem Management der Weltbankgruppe gewährleisten, dass die Schweizer Anliegen in die Organisation eingebracht werden können.

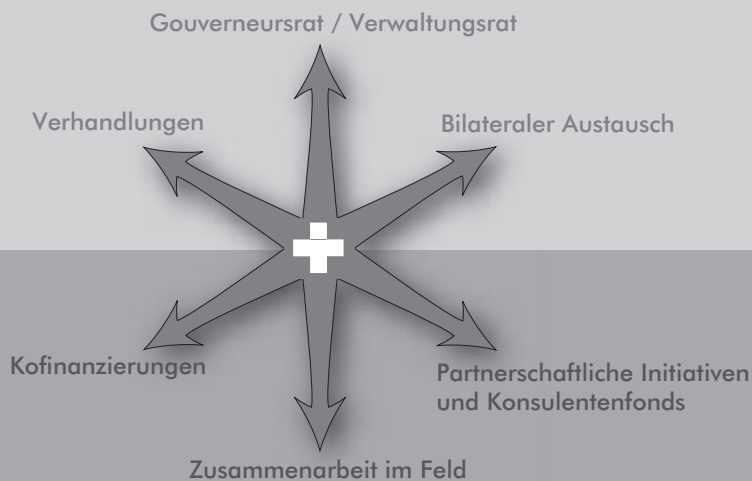
Aber auch bei der konkreten Umsetzung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit gibt es zahlreiche Gelegenheiten, auf die Arbeit der Weltbank Einfluss zu nehmen und davon zu lernen. So bieten kofinanzierte Projekte, gemeinsame Partnerschaften und Kontakte vor Ort vielfältige Gelegenheit zum Austausch zwischen seco und DEZA und der Weltbank.

Die Schweiz will ihre reichen Erfahrungen aus der bilateralen Entwicklungshilfe in der Weltbank einbringen. Umgekehrt sollen auch die ausführenden Abteilungen hierzulande vom Wissen und von der einzigartigen Erfahrung der Bank

Von diesen Grundsätzen lässt sich die Schweiz in ihrem Engagement bei der Weltbank leiten.

Die Einflussmöglichkeiten der Schweiz

INSTITUTIONELLE EBENE



profitieren. Nur eine kontinuierliche Zusammenarbeit kann diesen Austausch gewährleisten. Dazu gehören auch regelmässige Kontakte zur Wissenschaft sowie zu Nichtregierungsorganisationen und dem Privatsektor.

Die Umsetzung dieser Grundsätze erfordert eine klare Arbeitsteilung zwischen seco und DEZA auf der Grundlage ihres komparativen Vorteils und Wissens. Um ihren Einfluss geltend zu machen, braucht die Schweiz entsprechende Kapazitäten und Kompetenzen. Dazu sind Investitionen im Personalbereich notwendig.

Wir bilden Allianzen und pflegen die Partnerschaft mit unserer Stimmrechtsgruppe und ähnlich gesinnten Ländern

Die Schweiz hat das Privileg, Anführerin einer Stimmrechtsgruppe der Weltbank zu sein. Damit ist sie nicht nur direkt im Exekutivrat vertreten, sie hat auch einen besonderen Zugang zu den Ländern ihrer Stimmgruppe. Als Führerin einer gemischten Stimmgruppe muss sie die Interessen der kreditnehmenden Länder innerhalb ihrer Gruppe vertreten. Dies verlangt Flexibilität und politischen Spürsinn sowie den Willen, von den Partnerländern zu lernen. Im Rahmen dieser Arbeit trägt die Schweiz dazu bei, den Anliegen der Entwicklungs- und Transitionsländer mehr Gewicht zu verleihen.

Als kleines Land ist die Schweiz darauf angewiesen, den Dialog mit gleich gesinnten Ländern zu führen und in Sachfragen Allianzen einzugehen. Auch der regelmässige Dialog mit bedeutenden G8- und EU-Mitgliedern sowie den übrigen internationalen Finanzinstitutionen ist notwendig, um möglichst frühzeitig über künftige Geschäfte und die Interessenlage der Akteure informiert zu sein.

Der Erhalt der Stimmrechtsgruppe und der führenden Rolle der Schweiz ist ein wichtiges aussenpolitisches Ziel. Die Diskussion über eine Neuzuteilung der Quoten im IWF und somit

Umsetzung der Schweizer Strategie

Bundesbeschluss vom 15. Mai 1991 über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods und Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods

Strategie der Schweiz für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Institutionelle Leitlinien von seco und DEZA

Operationelle Jahresplanung und thematische Jahresprioritäten von seco und DEZA

Tagesgeschäft

indirekt der Stimmrechtsgruppe in den Bretton-Woods-Institutionen sowie die Forderung der Entwicklungsländer nach mehr Einfluss in den Entscheidungsgremien von IWF und Weltbank verstärkt den Druck auf den Führungsanspruch der Schweiz in ihrer Stimmrechtsgruppe. Die Schweiz muss aktiv und umsichtig am Erhalt ihres Einflusses im Rahmen der Stimmgruppe arbeiten.

Wir informieren die politischen Instanzen und die schweizerische Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Weltbank und über die Haltung der Schweiz

Seit die schweizerische Öffentlichkeit das letzte Mal umfassend über die Bretton-Woods-Institutionen informiert wurde, hat sich vieles verändert. Beispielsweise sind die Grenzen zwischen bilateraler und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit fließender geworden. Damit ist der Weg frei für neue Partnerschaften mit verschiedenen Akteuren der Schweiz.

Die Schweiz will deshalb Ziele und Tätigkeiten der Weltbank und ihre eigene Haltung dazu besser kommunizieren. Parlament, politische Interessensgruppen und entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen sollen systematischer mit Information beliefert und in die Diskussion einbezogen werden. Neue Kontakte zum Privatsektor und zu den Universitäten sollen potenzielle Synergien ausmachen und den Austausch mit Partnerorganisationen stärken.

Ein stärkerer Einbezug multilateraler Themen in die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit von seco und DEZA soll die schweizerische Öffentlichkeit für die Bedeutung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und die Arbeit der Weltbankgruppe sensibilisieren. Offizielle Besuche hochrangiger Vertreter, in der Schweiz durchgeführte Konferenzen oder der Weltentwicklungsbericht bieten ebenfalls Gelegenheit, die Öffentlichkeit in den Dialog einzubeziehen.

Wir überprüfen unsere Strategie und Arbeit laufend

Die Umsetzung der Strategie und die Arbeit mit der Weltbank werden einer regelmässigen Überprüfung unterzogen. Dies fördert nicht allein die Realisierung der Ziele, sondern macht es auch möglich, während der Umsetzung die nötigen Justierungen vorzunehmen.





Die Entwicklungen in der Schweizer Zusammenarbeit mit der Weltbankgruppe sind schwer zu prognostizieren und verlangen daher einen gewissen Handlungsspielraum. Deshalb soll eine Zwischenauswertung im Jahr 2006 zeigen, ob die Ziele richtig gesetzt sind und ob das Schweizer Engagement diese Ziele erreicht. Eine abschliessende Beurteilung soll im Jahr 2008 stattfinden.

Die vorliegende Leitlinie wird in den jährlichen operationellen Zielen der zuständigen Abteilungen von seco und DEZA berücksichtigt. Überdies werden Umsetzungsindikatoren definiert und regelmässig ausgewertet. Die Abteilungen, die mit der Qualitätssicherung und Evaluation betraut sind, werden diese Kontrollmechanismen umsetzen helfen.

Positive Entwicklung fördern

Ziel 1: Die Weltbank richtet ihre Tätigkeit konsequent auf die Armutsbekämpfung und die Erreichung der internationalen Entwicklungsziele aus.

Seit Beginn der 90er-Jahre ist die Armutsbekämpfung das oberste Ziel der Weltbank. Im Weltentwicklungsbericht 2000 wird Armut als ein Phänomen mit vielen Dimensionen definiert. Zu einer langfristig ausgerichteten Armutsbekämpfung gehört demnach nicht nur die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln, Gesundheit und Bildung, sondern auch die Teilnahme der Menschen an politischen und wirtschaftlichen Prozessen. Auch die Gewährleistung ihrer Sicherheit durch einen funktionierenden Rechtsstaat ist ein Teilziel.

Bessere Rahmenbedingungen für Investitionen, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Entwicklung eines leistungsfähigen und stabilen Finanzsektors sollen die Grundlage schaffen für neue Arbeitsplätze und für ein lang anhaltendes Wachstum. Ergänzend dazu will die Weltbank die Menschen in den Entwicklungsländern stärken, indem sie in den Bildungs- und Gesundheitssektor investiert.

Die von der UNO verabschiedete Millenniumsdeklaration (MD) enthält konkrete Entwicklungsziele für die kommenden Jahre. Laut der MD verpflichten sich die Entwicklungsländer, bis 2015 die Voraussetzungen zu schaffen für eine effizientere Nutzung von Entwicklungshilfegeldern und für eine bessere Regierungsführung. Die Industrieländer ihrerseits stellen mehr Gelder zur Verfügung und gewähren den Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu ihren Märkten. Auch die multilateralen Organisationen sind angehalten, ihre Tätigkeit auf die MD auszurichten und die Wirkung ihrer Interventionen systematisch zu überwachen und zu verbessern.

Dies sind die zehn konkreten Ziele, welche das seco und die DEZA in der Weltbank zu erreichen versuchen.

seco und DEZA setzen sich dafür ein, dass die Weltbank

- ihre Tätigkeit konsequent an den Millenniums-Entwicklungszielen ausrichtet;
- eine wachstumsorientierte sowie umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung der Länder verfolgt;
- die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer bei der Wahl ihrer Entwicklungsstrategie anerkennt;
- ihre Tätigkeit in enger Koordination mit anderen Geberorganisationen und dem Privatsektor verfolgt.

Ziel 2: Die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer leitet die strategische Ausrichtung sowie die Tätigkeiten der Weltbank.

Mit der Einführung der so genannten «Poverty Reduction Strategy» (PRS) – der Strategiepapiere zur Bekämpfung der Armut – Ende der 90er-Jahre vollzog die Weltbank eine grundlegende Kurskorrektur in ihrem Entwicklungsansatz. Sie beruht darauf, dass eine Entwicklungsstrategie nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie von den betroffenen Ländern in Eigenverantwortung und unter Einbezug der Bevölkerung erarbeitet wird.

Im Rahmen eines PRS-Prozesses formuliert ein Empfängerland nach Konsultationen breiter Kreise seine makroökonomischen, strukturellen und sozialpolitischen Ziele und nennt Massnahmen, mit denen es diese Ziele erreichen will. Sämtliche Geber stimmen fortan ihre Interventionen auf die PRS des Landes ab. Auch die Länderstrategien der Weltbank bauen darauf auf.

Das Prinzip und der Nutzen der PRS ist unbestritten. Die Erfahrung zeigt indes, dass es länger dauern wird, um den Grundgedanken einer Demokratisierung der Entwicklung in die Praxis umzusetzen. In zahlreichen Ländern sind die demokratischen Strukturen noch schwach ausgebildet. Die mit dem PRS-Prozess einhergehenden

Konsultationen waren demzufolge oberflächlich oder unausgewogen in der Berücksichtigung der einzelnen Interessengruppen.

seco und DEZA haben das Ziel,

- sich in den Schwerpunktländern der Schweizer Entwicklungshilfe aktiv am Dialog über die Armutsbekämpfung zu beteiligen und ihre Erfahrungen in die Diskussionen in der Weltbank einzubringen;
- die analytischen und konzeptionellen Vorarbeiten für die Armutsstrategien finanziell und personell zu unterstützen; zu diesem Zweck beteiligt sich die Schweiz am «PRS Trust Fund» der Weltbank;
- die Umsetzung der in den Strategien zur Bekämpfung der Armut identifizierten Regierungsprogramme mitzufinanzieren, unter anderem durch Budgethilfe.

seco und DEZA setzen sich dafür ein, dass die Weltbank

- ihre Tätigkeit an den von den Ländern in Eigenverantwortung erarbeiteten PRS orientiert;
- sich für die nachhaltige Stärkung der lokalen Institutionen und die Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen engagiert.

Ziel 3: Die Förderung des Privatsektors ist ein zentraler Pfeiler in der Armutsbekämpfung der Weltbank

Nachhaltige Armutsbekämpfung ist ohne einen dynamischen Privatsektor nicht denkbar. Wirtschaftliche Stabilität, leistungsfähige Infrastruktur, ein effizienter Finanzsektor, ein funktionierendes Rechtssystem sowie eine förderliche Handelspolitik sind die Grundlagen für private Investitionen. Die Weltbank hat also in erster Instanz eine wichtige Katalysatorfunktion bei der Mobilisierung von privatem Kapital.

Doch wenn es kein Unternehmertum gibt, das investiert, bleibt das Wachstum aus. Die Entwicklung des Privatsektors ist eine vielschichtige Aufgabe und eine grosse Herausforderung für die gesamte Weltbankgruppe.

Die im Frühjahr 2002 verabschiedete Privatsektorstrategie strebt eine möglichst sinnvolle Arbeitsteilung innerhalb der Weltbankgruppe an. Die Weltbank ist in erster Linie für den politischen Dialog mit den Regierungen verantwortlich. Die Internationale Finanzgesellschaft (IFC) finanziert private Investitionsvorhaben, unterstützt aber auch den politischen Dialog der Weltbank mit ihrer Erfahrung in der Umsetzung von Projekten und fördert die Heranbildung eines dynamischen Unternehmertums in den Entwicklungsländern. Die Multilaterale Agentur für Investitionsгарантиen (MIGA) wiederum interveniert dort, wo politische Risiken die Investitionslust hemmen.

Verschiedene Herausforderungen bleiben jedoch bestehen: Die Rolle des Privatsektors bei der Bereitstellung öffentlicher Güter muss geklärt werden. Ebenso die Synergien, die aus der Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor entspringen. Darüber hinaus besteht Klärungsbedarf bei der Einbettung der Privatsektorstrategie in den PRS-Prozess (siehe Ziel 2), der Haltung der Weltbank gegenüber Grossprojekten mit weitreichenden sozialen und umweltpolitischen Auswirkungen, der Rolle der Weltbank in den so genannten «emerging markets» und ihrer Handlungsfähigkeit in Ländern mit schwierigen Marktbedingungen.

seco und DEZA haben zum Ziel,

- einen aktiven Dialog mit dem Management der Weltbank und der IFC zu betreiben und deren Vernetzung mit dem Privatsektor in den Industrieländern, insbesondere in der Schweiz, sicherzustellen;
- mit ihren Erfahrungen dazu beizutragen, dass die Massnahmen der Weltbank den ärmsten Bevölkerungsgruppen tatsächlich zugute kommen und umweltverträglich sind.

seco und DEZA setzen sich dafür ein,

- dass die Entwicklung des Privatsektors ein zentrales Element der Unternehmensstrategie der Weltbank bleibt; zu diesem Zweck arbeitet sie eng mit der Weltbank zusammen und stellt Ressourcen bereit für innovative Projekte, insbesondere für die Förderung von KMU und für die Verbesserung des Investitionsklimas;

- dass sich die Weltbankgruppe verstärkt auch in schwierigeren Märkten einsetzt, insbesondere in den Ländern der Schweizer Stimmrechtsgruppe;
- dass die Weltbank in Entwicklungsländern die Prinzipien guter Unternehmensführung («Corporate Governance») fördert.

Ziel 4: Die Weltbank setzt sich für eine Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer ein, nicht nur durch einen nachhaltigen Schuldenerlass, sondern auch durch die Anpassung ihrer Instrumente.

Um mehr Mittel für die Armutsbekämpfung einsetzen zu können, müssen die Entwicklungsländer von den Altlasten der Überschuldung befreit werden. Unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft verabschiedeten Weltbank und IWF im Jahr 1996 die so genannte HIPC-Initiative, um die ärmsten Länder der Welt («Heavily Indebted Poor Countries») zu entschulden (siehe Randspalte). Dieses Programm sieht einen Schuldenerlass für diejenigen Länder vor, die über einen mehrjährigen wirtschaftspolitischen Leistungsausweis verfügen.

In der Praxis bleiben zahlreiche Herausforderungen bestehen. So erwiesen sich die ursprünglichen Wachstumsprognosen als zu optimistisch. Zudem wären Länder nach einem Konflikt besonders dringend auf einen Schuldenerlass angewiesen, verfügen aber nicht über den erforderlichen wirtschaftspolitischen Leistungsausweis. Schliesslich ist die Finanzierung der Initiative langfristig nicht gesichert.

Daher wird die HIPC-Initiative allein das Überschuldungsproblem nicht lösen. Entscheidend ist, dass die Länder ihre Entwicklungsvorhaben finanzieren können, ohne sich langfristig erneut zu überschulden. Die Weltbank ist dabei, gemeinsam mit dem IWF diese zentrale Frage zu untersuchen und Schlussfolgerungen für ihre Tätigkeit zu ziehen. In Zukunft wird sie verstärkt mit reinen Zuschüssen anstelle von Darlehen arbeiten.

seco und DEZA haben zum Ziel,

- dass sich die Weltbank auch in Zukunft der Verschuldungsproblematik der ärmsten Länder annimmt, dabei aber verstärkt auf die Umsetzung von Wirtschaftsreformen achtet, welche die Abhängigkeit der Länder von externen Finanzierungsquellen reduzieren;
- dass die Weltbank ihre Kredite gemäss der Finanzkraft der Länder vergibt und darauf

achtet, dass sie das Verschuldungsproblem nicht zusätzlich verschärft;

- dass sie in Koordination mit der Weltbank und anderen bilateralen Gebern flankierende Massnahmen unternimmt, um die Schuldenverwaltung in den Entwicklungsländern zu stärken;
- sich weiterhin aktiv am internationalen Dialog über die Verschuldung der ärmsten Entwicklungsländer und die Ausgestaltung der HIPC-Initiative zu beteiligen auf der Grundlage der langjährigen Schweizer Erfahrung auf diesem Gebiet;
- sich im Rahmen der internationalen Lastenverteilung an der Finanzierung der von der Weltbank verwalteten HIPC-Initiative zu beteiligen.

Ziel 5: Der Ansatz der Weltbank passt sich den Bedürfnissen der Entwicklungsländer und den Erkenntnissen aus der internationalen Zusammenarbeit an.

Die Weltbankgruppe verfügt über vielfältige Kredit-, Garantie- und Beratungsinstrumente und passt die Wahl der Instrumente dem jeweiligen Empfängerland an (siehe Randspalte). Die Weltbank bereitet ihre Länderstrategien zusammen mit den Empfängern vor, berücksichtigt dabei aber auch Vorgaben hinsichtlich Regierungsführung und Leistungsvermögen des Landes.

In Ländern mittleren Einkommens arbeitet die Weltbank vorwiegend mit Programmkrediten, die einen hohen Anteil an Politikdialog und Beratung beinhalten. Ärmeren Ländern steht der Zugang zur Internationalen Entwicklungsagentur IDA offen. Diese gewährt zinsgünstige Darlehen mit langen Laufzeiten. Hier werden sowohl Projekt-, als auch Programmkredite eingesetzt.

In Ländern mit besonders schwachen Institutionen, schlechten wirtschaftspolitischen Voraussetzungen oder ungenügender Regierungsführung konzentriert sich die Weltbank in erster Linie auf den politischen Dialog, auf technische Unterstützung und auf die Stärkung der Regierungsinstitutionen. Zudem arbeitet sie mit Nicht-Regierungsorganisationen zusammen, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu verbessern.

In Ländern, die eben erst einen Konflikt (Krieg, Bürgerkrieg) hinter sich haben, beteiligt sich die Weltbank teilweise mit Zuschüssen am Wiederaufbau der Institutionen und der Basisinfrastruktur.

Einfluss der Schweiz am Beispiel der HIPC-Initiative

Die Untersuchung der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle befasste sich am Beispiel der 1996 ins Leben gerufenen Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder (HIPC) mit der Rolle und dem Einfluss der Schweiz in der Weltbank:

«Die Analyse der Entschuldungsinitiative zeigt, dass die Schweiz am Tisch der Grossen mitreden kann, und zwar dank einer frühen Positionierung und engen Kontakten mit dem Personal der BWI. Sie hat es geschafft, gleichzeitig klar Stellung zu beziehen und im Exekutivdirektorium Kompromisslösungen zu den Positionen diverser Mitgliedergruppen vorzuschlagen; dadurch spielte sie bei der Erarbeitung der Initiative eine zentrale Rolle.

Die Leitung einer gemischten Stimmrechtsgruppe sowie die Tatsache, dass keine uneingestandenen Absichten (hidden agenda) bestanden, verliehen ihr eine im Vergleich zu den wichtigeren Ländern, vor allem den ehemaligen Kolonialmächten, grössere Glaubwürdigkeit. Die Qualität ihrer Analysen machte die Schweiz zum bevorzugten Gesprächspartner des BWI-Personals.»

Entscheidend für die Rolle der Schweiz war ihre jahrelange Erfahrung auf dem Gebiet der Entschuldung. Dank ihrem eigenen bilateralen Entschuldungsprogramm, welches anlässlich der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft ins Leben gerufen wurde, verfügte die Schweiz über eine besondere Erfahrung auf dem Gebiet der Entschuldung.

Instrumentarium der Weltbank

Projektkredite finanzieren klar abgegrenzte Projekte, beispielsweise den Bau einer Strasse.

Strukturanpassungskredite unterstützen die Entwicklung bestimmter Sektoren oder des gesamten Haushalts eines Landes und sind an wirtschaftspolitische Auflagen geknüpft.

Mit **Garantien** kann die Weltbank die Rückzahlung von Krediten kommerzieller Banken sichern.

Beratung und Analyse der Weltbank sind für die meisten Entwicklungsländer ebenso wichtig wie ihre Kredite.

seco und DEZA setzen sich dafür ein, dass die Weltbank

- ihr Instrumentarium laufend den Bedürfnissen der Entwicklungsländer anpasst und vereinfacht;
- den Anteil der Programmkredite umsichtig und selektiv ausbaut und dabei Risiken vermeidet;
- ihre traditionelle Projektarbeit, welche die Grundlage ihres Fachwissens bildet, nicht vernachlässigt;
- in Ländern mittleren Einkommens präsent bleibt und ihre Instrumente auch auf deren Bedürfnisse abstimmt;
- in Ländern in einer besonders schwierigen Lage engagiert bleibt und diese Aktivitäten falls nötig mit Zuschüssen anstatt über Kredite finanziert;
- den Einsatz ihrer Instrumente eng mit den übrigen Gebern und insbesondere mit dem IWF koordiniert.

Ziel 6: Die Weltbank handelt resultatsorientiert und misst die Wirksamkeit ihrer Arbeit anhand der erreichten Armutsreduktion.

Das Operations Evaluation Department (OED) ist die unabhängige Evaluationsabteilung der Weltbank und direkt dem Verwaltungsrat unterstellt. Sie beurteilt die Wirksamkeit der Aktivitäten der Weltbank und gibt Empfehlungen ab, wie diese zu verbessern ist.

Wie die OECD und andere Geberorganisationen hat die Weltbank begonnen, die Resultate nicht nur auf Projekt- und Programmebene, sondern auch auf der Länderebene zu messen. Die Erkenntnisse werden fortlaufend in die weiteren Tätigkeiten einbezogen. Dieses so genannte «Results Based Management» fokussiert nicht nur auf die unmittelbaren Ergebnisse der Weltbankaktivitäten, sondern auch auf deren mittel- und langfristige Wirkung in der Armutsbekämpfung.

In vielen Ländern stehen allerdings keine oder nur sehr lückenhafte statistisch nutzbare Daten zur Verfügung. Deshalb müssen erst Grundlagendaten erhoben werden, um später die Resultate daran überprüfen zu können.

seco und DEZA setzen sich dafür ein, dass

- die Weltbank ihre Resultatsorientierung verstärkt und den «Results Based Management»-Ansatz verwirklicht;
- die konzeptionellen Ansätze zur Resultatmessung mit der UNO, der OECD, den übrigen

internationalen Finanzinstitutionen sowie bilateralen Gebern abgestimmt werden;

- die Messung der Resultate zunehmend auf der Länderebene erfolgt, und dazu die statistische Kapazität der Entwicklungsländer verstärkt wird;
- die Evaluationsabteilung der Weltbank (OED) unabhängig bleibt und über die notwendigen Ressourcen verfügt, um einen kritischen und konstruktiven Beitrag an die Strategie der Bank zu leisten.

Ziel 7: Wissen und Erfahrung der Weltbank tragen zu einer besseren Wirkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bei.

Neben ihrer traditionellen Aufgabe der Projektfinanzierung schafft die Weltbank auch neues Wissen: in der Forschungsabteilung der Bank, im World Bank Institute, in der Evaluationsabteilung, aber auch in den operationellen Abteilungen selber. Dabei profitiert die Weltbank von ihrer geografischen und kulturellen Vielfalt sowie von ihrer Vernetzung mit anderen multilateralen und bilateralen Partnerorganisationen.

Die neuen Erkenntnisse werden regelmässig veröffentlicht: Jährlich erscheinende Publikationen wie etwa die «Global Economic Prospects» oder der Weltentwicklungsbericht befassen sich jeweils mit aktuellen Themen der Entwicklungspolitik. Verschiedene von der Weltbank lancierte Internet-Portale liefern umfassende Informationen zur Entwicklungsthematik oder der konkreten Arbeit der internationalen Gemeinschaft in den Ländern. Das «Global Distance Learning Network» wiederum bietet Praktikern aus den Entwicklungsländern Fernkurse an. Fast täglich ist die Bank Gastgeberin von Konferenzen und Workshops zu Themen der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Aktivitäten haben der Weltbank den Ruf einer «Wissens-Bank» eingetragen.

seco und DEZA haben zum Ziel,

- das in der Weltbank erarbeitete Wissen für die Schweizer Entwicklungspolitik zu nutzen und gleichzeitig das Wissen und die Erfahrung der Schweiz der Weltbank zugänglich zu machen.
- den Vorteil, den die Weltbank dank ihrer Praxisnähe und ihrer kulturellen Vielfalt in der Forschung hat, zu erhalten.

seco und DEZA setzen sich dafür ein, dass die Weltbank

- ihr Fachwissen und Know-how laufend weiterentwickelt und den Entwicklungsländern und Geberagenturen zur Verfügung stellt; die Schweiz unterstützt diese Aufgabe mittels Forschungsbeiträgen an das World Bank Institute sowie an den Weltentwicklungsbericht.

Ziel 8: Die Finanzkraft der Weltbank bleibt langfristig gesichert.

In einer Organisation, die jährlich mehrere Milliarden Dollar ausleiht, spielt die Finanz- und Anlagepolitik eine äusserst wichtige Rolle. Eine gute Anlagepolitik erhält den Wert der Aktiven der Bank. Sie verfügt dazu über ein Expertenteam, dessen Spezialwissen auch den Empfängerländern zur Verfügung steht. Ein professionelles Risikomanagement stellt zudem sicher, dass die Bank Mehrwert schaffen kann, ohne dass ihre finanzielle Stabilität leidet.

Die IBRD funktioniert wie eine Bank. Sie finanziert sich grösstenteils auf den internationalen Finanzmärkten und verleiht das so erworbene Geld den Entwicklungsländern in Form zweckgebundener Kredite. Das Garantiekapital der Aktionäre bildet die Grundlage für die günstigen Konditionen, von denen die Weltbank profitiert.

Gemäss einer internationalen Abmachung hat die Weltbank den Status einer bevorzugten Gläubigerinstitution. Das heisst, dass ihre Kredite vor allen anderen Gläubigern bedient werden. Dies erlaubt der Bank, höhere Risiken einzugehen und damit gewissermassen als «Kreditgeberin der letzten Instanz» aufzutreten.

Die Internationale Entwicklungsagentur IDA versorgt sich hingegen nicht auf dem Kapitalmarkt. Alle drei Jahre füllen die Geberländer ihre Ressourcen wieder auf (siehe Randspalte). Rund 40 Prozent der IDA-Mittel stammen indes aus internen Quellen, namentlich aus den Rückflüssen früherer Kredite und aus dem Nettoeinkommen der Weltbank.

Angesichts der nach wie vor hohen Aussenverschuldung der armen Länder muss die IDA ihre Gelder in Zukunft zu günstigeren Bedingungen vergeben. Dies verlangt einen grösseren Einsatz derjenigen Länder, welche die IDA finanzieren. Angesichts stagnierender Entwicklungshilfebudgets ist dies eine grosse Herausforderung für die Gebergemeinschaft.

Zuschüsse und Schuldennachhaltigkeit

Im Rahmen der 13. Wiederauffüllung der IDA (IDA13) forderten die USA, dass 50 Prozent der Mittel der IDA als Zuschüsse vergeben werden. Die Mehrheit der Europäer bestand darauf, dass die Weltbank in erster Linie eine Kreditinstitution bleibt, aus Sorge, dass die langfristige Finanzierung der IDA ansonsten gefährdet wäre. Um den USA die Kosten ihrer Forderung vor Augen zu führen, insistierte die europäische Gruppe auf der sofortigen und vollständigen Kompensierung der zu erwartenden Einnahmenverluste. Nach langwierigen Verhandlungen kam es im Sommer 2002 zu einer politischen Entscheidung, welche den Anteil der Zuschüsse an der IDA auf 18–21 Prozent festsetzte, ohne eine Aussage zu machen über deren Finanzierung.

Im Herbst 2003 stellten die BWIs einen neuen Ansatz zur Berechnung der Schuldentragfähigkeit der ärmsten Länder vor. Die Analyse bestätigt, dass die Überschuldung in einzelnen Ländern trotz günstigster Konditionen der Kredite von Weltbank und IWF bestehen bleibt oder gar verschärft wird. Eine Umsetzung des neuen Ansatzes hätte zur Folge, dass die IFIs in den ärmsten Ländern zunehmend mit Zuschüssen anstelle von Krediten arbeiten. Die politische Forderung der USA hat demzufolge Auftrieb erhalten durch die neuen – allerdings ökonomisch fundierten – Erkenntnisse von Weltbank und IWF.

Soll das von den IFI bereitgestellte Volumen der Entwicklungshilfe beibehalten werden, müssten die Geberländer mehr Mittel bereitstellen. In der Praxis wird dies eine Reihe von Ländern, einschliesslich der Schweiz, vor grosse Herausforderungen stellen.

seco und DEZA setzen sich dafür ein, dass

- der bevorzugte Gläubigerstatus der Weltbank beibehalten wird und die Bank weiterhin ihre wichtige Rolle als «Kreditgeberin der letzten Instanz» spielen kann;
- die Bank auch weiterhin auf ein erstklassiges Risiko- und Anlagenmanagement bauen kann;
- die IDA weiterhin angemessen wiederaufgefüllt wird. Nach Möglichkeit behält die Schweiz ihren Lastenanteil bei;
- der heute erreichte Eigenfinanzierungsgrad von rund 40 Prozent der IDA nicht wesentlich unterschritten wird, um eine gewisse Unabhängigkeit von den Beitraggebern zu wahren.

Ziel 9: Organisation und Personalpolitik der Weltbank richten sich nach den Anforderungen und der Komplexität ihres Mandats.

Zwischen 1995 und 2000 hat sich die Weltbank reorganisiert: Die internen Abläufe wurden gestrafft, eine neue Kostenstruktur eingeführt, das Qualitätsbewusstsein und das interdisziplinäre Denken gestärkt und der administrative Aufwand vermindert. Auch der Personalbestand wurde abgebaut. Die Reorganisation hat sich positiv ausgewirkt.

Um die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer zu stärken und näher an ihren Kunden zu sein, will sich die Bank in den kommenden Jahren konsequent dezentralisieren. Bereits heute sind rund 40 Prozent des Personals, darunter auch zahlreiche Länderdirektoren, in den Regionen beschäftigt – der Anteil der lokal rekrutierten Mitarbeiter wächst ebenfalls.

seco und DEZA setzen sich dafür ein, dass die Weltbank

- über eine möglichst schlanke Organisation verfügt und dennoch ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen hat, um ihr Mandat auszuüben;
- ihre Dezentralisierung fortsetzt, indem sie ihre Präsenz im Feld verstärkt, am Hauptsitz in Washington einen effektiven Abbau betreibt und die Resultate der Dezentralisierung sorgfältig überwacht;
- ihr Personal transparent rekrutiert und stärker diversifiziert; dies dürfte auch den Anteil an Schweizer Mitarbeitern erhöhen.



Ziel 10: Die Weltbank achtet auf eine gute Geschäftsführung und Glaubwürdigkeit.

Als globale Organisation muss die Weltbank hohe Anforderungen an die eigene Unternehmensführung stellen. Dazu gehören fünf zentrale Elemente:

1. Eine starke Rolle des Verwaltungsrates und ein ausgewogenes Kräfteverhältnis unter dessen Mitgliedern: Gemessen an den Stimmrechten sind die Industrieländer im Verwaltungsrat der Weltbank deutlich im Übergewicht, obwohl in der Praxis nahezu alle Entscheide im Konsens gefällt werden. Eine Revision der Stimmrechte scheiterte bisher am Widerstand der reichsten Länder, die das Garantiekapital der Weltbank stellen. Einzelne politisch brisante Geschäfte wurden dem Verwaltungsrat sogar entzogen und im engeren Kreis der G8-Länder vorentschieden. Dieser Entwicklung muss im Interesse der kleineren und ärmeren Länder vorgebeugt werden.

2. Die systematische Bekämpfung der Korruption: Die ethischen Richtlinien der Weltbankgruppe orientieren die Mitarbeiter über die Problematik der Korruption und geben ihnen die Möglichkeit, Korruptionsfälle einer Untersuchungsabteilung zu melden. Bestechung oder Übervorteilung werden strafrechtlich verfolgt. Firmen, die im Zusammenhang mit Weltbank-Projekten in Korruptionsfälle verwickelt waren, werden für immer von der Zusammenarbeit ausgeschlossen. Trotz dieser Bemühungen bleibt Korruption eine Herausforderung für die Weltbank.

3. Transparenz und Offenheit im Dialog mit der Öffentlichkeit: Die Weltbank hat erkannt, dass sie nicht nur ihren Mitgliedern, sondern auch der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen muss. Heute informiert sie konsequent, veröffentlicht alle Länder- und Sektorstrategien und sucht den Kontakt zu den politischen Instanzen, zum Privatsektor und zur Zivilgesellschaft.

4. Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Aktivitäten: Die Weltbank trägt der Nachhaltigkeit auf allen Ebenen ihrer Tätigkeiten Rechnung. Ihre Umweltstrategie definiert den Schutz der Umwelt als wichtige Bedingung für Wachstum und Armutsbekämpfung. Studien zur Nachhaltigkeit gehören zu den Kernaktivitäten der Weltbank, und das Kreditvolumen für den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und Umweltprojekte wächst. Bei der Kreditvergabe und während der Umsetzung wird die Umwelt-

verträglichkeit aller Projekte systematisch überwacht.

5. Eine unabhängige Kontrollstelle, die Rekursanträge bearbeitet: Das «Inspection Panel» (IP) prüft auf Antrag von direkt betroffenen Gruppen, ob ein Projekt der Weltbank die operationellen Richtlinien, einschliesslich der Standards für Umwelt- und Sozialverträglichkeit, erfüllt. Die Internationale Finanzgesellschaft verfügt über eine ähnliche Instanz: Das «Compliance Advisory and Ombudsman Office» (CAO).

seco und DEZA setzen sich dafür ein, dass die Weltbank

- ihre heutige Unternehmensführung mit dem Konsensprinzip grundsätzlich beibehält; so erlaubt sie auch kleineren Ländern, Einfluss auszuüben;
- den Einfluss ärmerer Länder auf der operationellen Ebene durch dezentralisierte Strukturen und eine auf Diversität ausgelegte Personalpolitik stärkt;
- ihre Ethikrichtlinien konsequent anwendet und die Korruption systematisch bekämpft;
- offen über ihre Tätigkeit informiert;
- ihre Beschaffungsregeln konsequent anwendet, und sich in den Projekten zunehmend auf die nationalen Beschaffungsregeln der Klientenländer abstützt;
- das Mandat ihrer unabhängigen Kontrollinstanz («Inspection Panel») von Zeit zu Zeit überprüft und an neue Erkenntnisse anpasst, um eine rasche und wirksame Behandlung berechtigter Klagen zu gewährleisten.

Glossar

Bilaterale Zusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit, die zwischen zwei Ländern direkt abläuft und nicht durch Drittstaaten oder internationale Organisationen koordiniert wird. Die Schweiz konzentriert sich dabei auf die Länder ihrer Stimmgruppe (Südosteuropa und GUS) und ausgesuchte Partnerländer in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Bretton-Woods-Institutionen (BWI)

1944 auf einer Konferenz in Bretton Woods (USA) gegründete Finanzinstitutionen, die den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die wirtschafts- und währungspolitische Nachkriegsordnung regeln sollten. Im Laufe der Zeit verschob sich das Wirkungsfeld von Europa auf die Transitions- und Entwicklungsländer. Zu den BWI zählen die Weltbank sowie der internationale Währungsfonds IWF.

Internationale Bank für Entwicklung und Aufbau (IBRD)

Die IBRD ist eine Sonderorganisation der UNO mit 184 Mitgliedsländern. Ihr Ziel ist es, die Armut in Entwicklungsländern zu lindern und die Grundlagen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Sie tut dies mittels Krediten, Beratung, technischer Hilfe und Wissenstransfer.

Internationale Entwicklungsagentur (IDA)

Die Internationale Entwicklungsagentur gewährt den ärmsten Ländern der Welt Kredite zu günstigen Bedingungen. Diese finanzieren den Aufbau der Grundversorgung und Reformen im Wirtschaftssektor. Die IDA hat 164 Mitgliedstaaten.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der Internationale Währungsfonds ist die Schwesterorganisation der Weltbank mit 184 Mitgliedsländern. Die Aufgaben des IWF sind: Förderung internationaler Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Ausweitung des Welthandels, Stabilisierung von Wechselkursen, Kreditvergabe, Überwachung der Geldpolitik und technische Hilfe.

Multilaterale Zusammenarbeit

Programme und Projekte, die die finanziellen oder organisatorischen Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit sprengen, erfordern die Zusammenarbeit mehrerer Länder und überstaatlicher Körperschaften. Die Schweiz arbeitet mit verschiedenen multilateralen Organisationen zusammen – mit der Weltbank und anderen Einrichtungen der internationalen Gemeinschaft, zum Beispiel der UNO.

Privatsektor

Die Privatwirtschaft eines Landes. Seine Stärkung ist ein wichtiges Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit, da nur eine gesunde Privatwirtschaft eine auf Dauer tragfähige und eigenständige Entwicklung garantiert.

Schwellenländer

Staaten, vor allem in Südostasien und Lateinamerika, die im Begriff sind, zu einer Industrialisation zu werden, die ohne fremde Hilfe auskommt.

Transitionsländer

Ehemals kommunistische Staaten, die sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft befinden.

Weltbank

Unter Weltbank versteht man heute die IBRD und die IDA, die eine Organisationseinheit bilden.

Weltbankgruppe

Zur Weltbankgruppe gehören neben Weltbank (IBRD und IDA) die internationale Finanzgesellschaft IFC, die Multilaterale Agentur für Investitionsgarantien MIGA und das Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten ICSID.

Zivilgesellschaft

Bürgerinnen und Bürger eines Landes, sowie alle nichtstaatlichen Organisationen wie Umweltorganisationen und Vereine. Eine gesunde Zivilgesellschaft fördert die Demokratie, indem sie ein Gegengewicht zu Staat und Wirtschaft bildet. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit setzt auf den Einbezug der Zivilgesellschaft, um ihre Aktivitäten breit abzustützen.

Abkürzungen

BWI	Bretton-Woods-Institutionen
IBRD	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ICSID	Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
IDA	Internationale Entwicklungsagentur
IFC	Internationale Finanzgesellschaft
IFI	Internationale Finanzinstitutionen (WB, IWF und regionale Entwicklungsbanken)
IWF	Internationaler Währungsfonds
MIGA	Multilaterale Agentur für Investitionsgarantien
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OED	Evaluationsabteilung der Weltbankgruppe
PRS	Strategiepapiere zur Bekämpfung der Armut («Poverty Reduction Strategy»)
WBI	World Bank Institute

Literatur

- Botschaft über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods (Bundesbeschluss vom 15. Mai 1991)
- Parlamentarische Verwaltungskontrolstelle, Die Schweiz in den Bretton-Woods-Institutionen: Zwischenbilanz Bericht zuhanden der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates, Bern, 6. Juni 2003 (<http://www.parlament.ch/ko-au-pvk-brettonwoods-d.pdf>)
- Susanne Schmidtchen, Die Beziehung der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen: Annäherung – Integration – Behauptung (Studie im Rahmen des NFP «Aussenpolitik»), Bern 2000
- Daniel Kaeser, La longue marche vers Bretton Woods, Georg Editeur, Chêne-Bourg, Genève, 2004
- World Bank, World Development Report 2000/2001: Attacking Poverty, Washington, 2000
- World Bank, Global Monitoring Report: Policies and Actions for Achieving the Millennium Development Goals and Related Outcomes, Washington 2004.



Das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) ist das wirtschaftspolitische Kompetenzzentrum des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements. Der Bereich Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit des seco ist in der Ost- und Entwicklungszusammenarbeit tätig, wobei er sich auf die Investitionsförderung, makroökonomische Unterstützung, Handels- und Umwelttechnologiekoooperation sowie die Infrastruktur-Projektfinanzierung konzentriert.

Kontakt

seco

Staatssekretariat für Wirtschaft
 Eidgenössisches
 Volkswirtschaftsdepartement
 3003 Bern
 Tel. 031 324 07 91
 Fax 031 324 92 39
www.seco-cooperation.ch
info@seco-cooperation.ch

DEZA

Direktion für Entwicklung
 und Zusammenarbeit
 Eidg. Departement für
 Auswärtige Angelegenheiten
 (EDA)
 3003 Bern
 Tel. 031 322 44 12
 Fax 031 324 13 48
www.deza.admin.ch
info@deza.admin.ch

Die Schweiz und die Weltbank – Leitlinie

Herausgeber: Staatssekretariat für Wirtschaft seco; Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA.

Erscheinungsdatum:
 August 2004

Konzept, Redaktion:
 Locher, Schmill, Van Wezemael & Partner AG, Basel, www.comm-care.ch

Begleitung seco, DEZA:
 Martin Rohner, Catherine Cudré-Mauroux (seco); Christina Grieder (DEZA).

Gestaltung und Satz:
 Locher, Schmill, Van Wezemael & Partner AG

Bilder: Archive seco und DEZA.

Sprachversionen: Diese Broschüre ist auch auf Französisch erhältlich.

Bezug:
info@seco-cooperation.ch
info@deza.admin.ch

DEZA DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
 DDC DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION
 DSC DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE
 SDC SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION
 COSUDE AGENCIA SUIZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN



Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) ist das Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die DEZA ist in der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit sowie der humanitären Hilfe tätig. Sie trägt zudem die Verantwortung für die Gesamtkoordination der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit der Schweiz.

